

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz			7. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 09.06.2016	Sitzungsbeginn: 15:15 Uhr	Sitzungsende: 15:53 Uhr	Sitzungsort: Haus der Wissenschaft Sandstraße 4/5, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Dr. Dr. Buhlert			

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) begrüßt die Mitglieder der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

TOP 1	Tagesordnung	
Die Deputation berät über die vorgeschlagene Tagesordnung:		
TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 28.04.2016	Wird nachversandt
TOP 3	Futtermittelüberwachung: Gebührenerhebung für Regelkontrollen	L-28-19
TOP 4	Jahresbericht Gesundheitlicher Verbraucherschutz 2015	L-36-19
TOP 5	Benennung von Vertreterinnen und Vertretern der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz als Mitglieder im Landesarbeitskreis für Arbeitsschutz (LAK) Bremen	L-37-19
TOP 6	Umsetzung des Integrationsbudgets	L-39-19 S-21-19
TOP 7	Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher	L-38-19
TOP 8	Verschiedenes	
Beschluss: Die Tagesordnung wird einvernehmlich wie folgt geändert: Unter TOP 8 wird die Vorlage „Mögliche Vergabe von im Haushalt 2016/2017 geplanten Mitteln für Psychiatrieentwicklung“ neu aufgenommen und „Verschiedenes“ unter TOP 9 beraten.		

TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 28.04.2016
Das Protokoll der Sitzung vom 28.04.2016 wird zur nächsten Deputationssitzung vorgelegt.	

TOP 3	Futtermittelüberwachung: Gebührenerhebung für Regelkontrollen (Vorlage L-28-19)
<p>Staatsrat Kück erläutert, dass die Futtermittelüberwachung in Kooperation mit Niedersachsen durchgeführt wird. In Niedersachsen werden seit einiger Zeit Gebühren für die Regelkontrollen erhoben. Obgleich es hierzu in Niedersachsen noch offene gerichtliche Auseinandersetzungen gibt, soll die Deputation mit dieser Vorlage über eine sich abzeichnende Entwicklung informiert werden. Für eine Fortsetzung der Kooperation mit Niedersachsen ist eine Änderung des bestehenden Staatsvertrages erforderlich. Über die weiteren dafür notwendigen Schritte wird die Deputation eingebunden.</p> <p>Herr Reinken (SPD) fragt nach den Auswirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe und möchte eine Einschätzung über das Kostenvolumen und den Deckungsgrad über die Gebühreneinnahmen.</p>	

Frau Dr. Langenbuch (SWGv, Ref. 42) erklärt, dass die neue Gebührenerhebung für landwirtschaftliche Betriebe weitestgehend keine Auswirkungen hat, weil dort zwar Futtermittel produziert aber keine Mischfuttermittel hergestellt werden. Im Land Bremen gibt es ca. 210 Betriebe und Importeure, die von der Gebührenerhebung betroffen sein werden. Die niedersächsische Gebührenordnung ist auf Kostendeckung ausgerichtet. Für das Land Bremen wird die Kontrolltätigkeit derzeit mit ca. 75.000 Euro bewertet.

In Bezug auf den Beschlussvorschlag sieht Herr Dr. Dr. Buhler (FDP) Probleme mit der Ziffer 1 und möchte die Worte „...und stimmt dem Lösungsvorschlag zu.“ gestrichen haben. Staatsrat Kück betont nochmals, dass mit dieser Formulierung das weitere Vorgehen gemeint ist und die Deputation in die weiteren Schritte eingebunden wird.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz über die Erhebung von Gebühren für Regelkontrollen in der amtlichen Futtermittelüberwachung zur Kenntnis und stimmt dem Lösungsvorschlag zu. **mehrheitlich Zustimmung**
2. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zusammen mit Niedersachsen eine Änderung des Staatsvertrages auszuarbeiten und der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz zur Abstimmung vorzulegen. **einstimmig**
3. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz empfiehlt, die Vorlage der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis zu geben. **einstimmig**

TOP 4 Jahresbericht Gesundheitlicher Verbraucherschutz 2015 (Vorlage L-36-19)

Einleitend weist Staatsrat Kück darauf hin, dass das Ressort in einigen Arbeitsbereichen neue Aufgaben wahrzunehmen hat. Um dem Verbraucherschutz und der Verbraucherpolitik im öffentlichen Raum mehr Gewicht zu verleihen, ist Anfang des Jahres ein neues Konzept für den Internetauftritt des Ressorts im Bereich Verbraucherschutz erstellt worden. Unter dem Arbeitstitel „Dialog Verbraucherschutz“ soll es künftig Veranstaltungen zu bestimmten verbraucherrelevanten Themen geben. Der Jahresbericht Gesundheitlicher Verbraucher 2015 gibt wieder eine sehr gute Übersicht über die Kontrollaufgaben und Ergebnisse in den einzelnen Fachrechtsbereichen und zeigt, dass das Land Bremen gut aufgestellt ist.

Alle Fraktionen loben den vorgelegten Jahresbericht, der sehr anschaulich mit Bildern, Grafiken und verständlichen Texten die komplexen Aufgaben gut darstellt.

Frau Dehne (SPD) hat zwei Nachfragen: a) in Bezug auf Tee werden in dem Jahresbericht auch Empfehlungen für den Verbraucher gemacht; wie kommt die Öffentlichkeit an derartige Informationen? b) in Bezug auf Feinkostsalate wird auf Mängel hingewiesen; ergibt sich daraus weiterer Handlungsbedarf?

Zu a) auf der Internetseite des Ressorts oder der Ämter können jederzeit Informationen, die für den Verbraucher sachdienlich sind, eingestellt werden; das Hochladen des Jahresbericht 2015 wird mit einer Pressemitteilung begleitet; zu b) Frau Berges (LUA) erklärt, dass durch eine rechtliche Änderungen der Kennzeichnungsvorgaben bei Feinkostsalaten sich eine höhere Anzahl an Beanstandungen ergab, die aber keinen weiteren Handlungsbedarf auslösen.

Herr Meye (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob künftig auch der wirtschaftliche Verbraucherschutz in diesen Jahresbericht aufgenommen wird. Diese Frage wird von Frau Dr. Hanke (SWGv, Ref. 42) bejaht mit dem Hinweis, dass der nächste Jahresbericht aber in einem anderen Format erscheinen wird, damit der Umfang nicht weiter expandiert.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Dr. Buhler (FDP) zu den Kontrollfrequenzen der betrieblichen Überwachung, erläutert Herr Dr. Lenz (SWGv, Ref. 42), dass mit dem unter der Federführung Bremens erarbeiteten Modell zur Risikobeurteilung der Betriebe eine für den einzelnen Betrieb er-

forderliche Kontrollfrequenz ermittelt werden kann. Dieses Modell wird bundesweit umgesetzt. Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) erkundigt sich außerdem, ob es Probleme mit der Allergen-Kennzeichnung gibt. Frau Oltmann (LMTVet) sieht jetzt keine größeren Probleme; bei einzelnen Betrieben gab es Probleme bei der fristgerechten Umsetzung der neuen Vorgaben, die aber jetzt weitgehend behoben sind.

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt den gemeinsamen Jahresbericht 2015 des Fachreferats bei der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, des Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienstes des Landes Bremen und des Landesuntersuchungsamtes für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin zur Kenntnis.

TOP 5 Benennung von Vertreterinnen und Vertretern der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz als Mitglieder im Landesarbeitskreis für Arbeitsschutz (LAK) Bremen (Vorlage L-37-19)

Dem Beschlussvorschlag wird ohne weitere Aussprache einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt den Benennungsvorschlägen der Fraktionen zu und benennt entsprechend die unter B. aufgeführten Vertretungen/Stellvertretungen für den LAK Bremen.

TOP 6 Umsetzung des Integrationsbudgets (Vorlage L-39-19 / S-21-19)

Staatsrat Kück stellt kurz die wesentlichen Punkte vor, die vom Ressort für das Integrationsbudget angemeldet wurden. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) lobt ausdrücklich, dass es finanzielle Mittel für die die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und für Dolmetscherdienstleistungen für traumatisierte Personen geben wird.

Frau Dehne (SPD) betont, dass der Bereich Gesundheit mit den Projektmitteln gut ausgestattet ist und keine überzogenen Forderungen damit bedient werden.

Herr Schober (DIE LINKE) meint, dass die GeNo bei der Umsetzung der Projekte zu wenig berücksichtigt wird.

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt die Projektbeschreibungen der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz für die prioritären Maßnahmen im Teilbudget „Ehrenamt, Gesundheit und Integration in Quartieren“ zur Kenntnis.

TOP 7 Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher (Vorlage L-38-19)

Dem Beschlussvorschlag wird ohne weitere Aussprache einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz schlägt der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz die Berufung der (stellvertretenden) PatientenfürsprecherIn der o.g. Klinik und die Berufung der Mitglieder im Planungsausschuss für die Dauer von vier Jahren vor.

**TOP 8 Mögliche Vergabe von im Haushalt 2016/2017 geplanten Mitteln für Psychiatrieentwicklung
(Vorlage L-40-19 / S-20-19)**

Nach kurzer Einleitung von Staatsrat Kück stellt Herr Utschakowski (SWGv, Ref. 41) die wesentlichen Punkte geplanten Maßnahmen vor. Neben den Genesungsbegleitern erhält auch die Vernetzung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung ein deutlich höheres Gewicht. Für den Krisendienst soll mit dem Modell „Nachtcafé“ eine Alternative zum 24-Stunden-Dienst erprobt sowie die Nutzung vorhandener Strukturen geprüft werden.

Die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU sehen in dem Konzept der Psychiatriereform einen großen Schritt in die richtigen Richtung und loben die konkret dargestellten Maßnahmen und Versorgungsstrukturen.

Herr Schober (DIE LINKE) übt Kritik an der kurzfristigen Vorlage der Unterlagen.

Der Beschlussvorschlag wird mit einer Enthaltung angenommen.

Beschluss:

Die städtische und die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmen der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zu und bitten um einen Bericht zum Zwischenstand im Frühjahr 2017

TOP 9 Verschiedenes

Frau Dr. Hanke (SWGv, Ref. 42) stellt drei neue junge Mitarbeiterinnen, die dem Referat derzeit zugewiesen sind, vor:

Frau Ann-Kathrin Hesse schließt Ende August ihre Ausbildung als Verwaltungsinspektorin ab. Sie hat im Referat einen blindengerechten Arbeitsplatz und wird ab September die Verwaltungsaufgaben im Bereich wirtschaftlicher Verbraucherschutz übernehmen.

Frau Sina Malter ist ausgebildete Verwaltungsinspektorin und wurde von der Stadt Cuxhaven nach Bremen versetzt. Frau Malter wird ab Herbst in der Geschäftsstelle für das GMK-Vorsitzjahr 2017 eingesetzt.

Frau Mücella Demir schließt Ende August ihre Ausbildung als Verwaltungsinspektorin ab und wird ab Herbst auch in der Geschäftsstelle für das GMK-Vorsitzjahr 2017 eingesetzt.

Staatsrat Kück stellt den neuen Abteilungsleiter „Kommunale Kliniken“, Herrn Uwe Schmid, vor.

Vorsitzender

Protokollführer